

**27. Ordentlicher Landesparteitag
8. April 2017,
Lutherstadt Wittenberg**



Leitantrag

1 Antragsteller: Landesvorstand

2

3 Thema: **Jenseits von Kenia**

4

5

6

7 Der Landesparteitag möge beschließen:

8

9 Die Freien Demokraten fordern von den regierungstragenden Parteien, den Fraktionen
10 und den Mitgliedern der Landesregierung, dass nach 365 Tagen voller Zank und Streit
11 endlich an der Zukunft von Sachsen-Anhalt gearbeitet wird. Wenn die stellvertretende
12 Ministerpräsidentin Dalbert am 13. März 2017 in einer Sendung des MDR feststellt, die
13 Regierung sei dabei "sich zusammenzuraufen", dann ist dies ein Jahr nach Bildung der
14 Regierung viel zu wenig und vermittelt den berechtigten Eindruck einer Regierung "im
15 Hamsterrad".

16 Die wesentlichen Aufgaben, die gelöst werden müssen, sind:

17

18 eine deutliche Steigerung der Dynamik unserer Wirtschaft

19

20 Die Wirtschaft unseres Bundeslandes befindet sich bei allen relevanten Statistiken auf
21 dem 16. Platz aller Länder. Positive Entwicklungen wie auf dem Arbeitsmarkt
22 entspringen nicht eigenen Impulsen sondern liegen bestenfalls im Bundestrend. Noch
23 immer versucht die Landesregierung den Unternehmen mit Förderprogrammen nach
24 dem Gieskannenprinzip "auf die Sprünge" zu helfen. Statt immer neue und oft
25 bürokratische Förderprogramme aufzulegen, ist es in Zeiten niedriger Zinsen sinnvoller,
26 den Unternehmen ein möglichst gutes Umfeld zu bieten und so den Weg zu mehr
27 Innovationen zu ebnen. Dies erfordert zum Beispiel eine Verwaltung, die Unternehmen
28 unterstützt - vom Gründer bis zum soliden Mittelständler - und sie nicht unter
29 Generalverdacht stellt oder "bestenfalls" ignoriert.

30 Es ist es auch nicht zu akzeptieren, dass die Landesregierung Breitband predigt, sich
31 aber mit Mittelmaß in Form von Kupferleitungen begnügt und so die Zukunft und
32 dadurch den Anschluss von Sachsen-Anhalt weiter verschläft. Die Investition in einen
33 zukunftsfähigen Breitbandausbau (z.B. FTTH – Fiber to the home) ist eine Investition in
34 die Zukunft – gerade im Hinblick auf Themen wie Industrie 4.0, Smart City,-Villages, -
35 Home oder Arbeit 4.0.

36 Wir fordern die Schaffung einer leistungsfähigen Infrastruktur, also eines
37 hochmodernen, flächendeckenden digitalen Netzes, die unverzügliche Fertigstellung der
38 Autobahnen A 14 und 143 sowie die Gewährleistung einer preiswerten und sicheren

**27. Ordentlicher Landesparteitag
8. April 2017,
Lutherstadt Wittenberg**



Leitantrag

- 1 Energieversorgung. Also kein Ausstieg aus der Braunkohle, statt dessen der sofortige
2 Ausstieg aus dem Subventionsmonster EEG."
3
4
5 Konstruktive Lösung für ökologische Hemmnisse bei wichtigen Investitionen finden
6
7 Ob Hamster in Sangerhausen oder Moorwald in Schierke, immer wieder stehen
8 ökologische Aspekte wirtschaftlichen Investitionen im Weg. Erst öffentlicher Druck sorgt
9 dafür, dass Lösungen gesucht werden, die den ökologischen Belangen Rechnung
10 tragen, ohne die Investitionen zu verhindern. So ist nun nach monatelangen
11 Diskussionen etwa die Umsiedlung der Hamster doch eine Chance für Sangerhausen,
12 nachdem dies zuvor naturschutzfachlich abgelehnt wurde. Solche Verfahren schaden
13 unserem Land als Standort für Investitionen, aber auch dem Ansehen des Natur- und
14 Artenschutzes.
15
16 Der Landwirtschaft einen höheren Stellenwert einräumen
17
18 Die Landwirtschaft ist ein elementarer Bestandteil der Wirtschaft in unserem Land und
19 unverzichtbarer Arbeitgeber im ländlichen Raum. Es ist wichtig, dass den Betrieben
20 Rahmenbedingungen geboten werden, die die Unternehmen wirtschaftlich stärken.
21 Dabei darf es keine Diskriminierung großer landwirtschaftlicher Betriebe geben.
22 Naturschutz und Landschaftsschutz sind ebenso wie der Tierschutz wichtig. Aber auch
23 die Tierhaltung ist ein wichtiges Standbein unserer Landwirtschaft. Die erforderlichen
24 Vorschriften müssen sich deshalb im Rahmen des fachlich sinnvollen bewegen und es
25 muss auch immer transparent sein, dass sich diese Vorschriften in den
26 Verbraucherpreisen niederschlagen. Wir lehnen die kontinuierliche und pauschale
27 Diffamierung eines ganzen Berufstandes, wie unlängst durch die
28 Bundesumweltministerin oder durch die Grünen entschieden ab.
29 Die Rückkehr des Wolfes kann man als Erfolg des Artenschutzes betrachten. Aber er ist
30 in eine vom Menschen gestaltete Kulturlandschaft zurückgekehrt. Wir müssen hier
31 regulierend eingreifen können. Dazu gehört der Wolf ins Jagdrecht mit ganzjährigem
32 Schutz.
33
34 Die Belastungen junger Familien durch Kitagebühren deutlich senken.
35
36 Trotz vollmundiger Wahlkampfversprechungen von CDU, SPD und Grünen steigen die
37 Gebühren der Kinderbetreuung für berufstätige Eltern erneut an. Die zusätzlichen
38 Gelder des Landes in diesem Bereich sind bisher an die Kommunen und nicht an die
39 Eltern geflossen. Die finanzielle Situation der Kommunen ist den Freien Demokraten

**27. Ordentlicher Landesparteitag
8. April 2017,
Lutherstadt Wittenberg**



Leitantrag

- 1 sehr wichtig, jetzt muss das KiFöG aber so novelliert werden, dass arbeitende Eltern
2 sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch wieder leisten können, ohne
3 Qualitätseinbußen in der Kinderbetreuung hinnehmen zu müssen.
4
- 5 Bereitstehende Mittel konsequent für mehr Lehrer einsetzen
6
- 7 Mit dem gerade verabschiedeten Landeshaushalt stehen dem Bildungsministerium so
8 viele Finanzmittel zur Verfügung wie noch nie. Hinzu kommt das Bundesprogramm für
9 die Digitalisierung der Schulen. Die Freien Demokraten fordern die Landesregierung
10 auf, die bereitstehenden Mittel konsequent einzusetzen und in enger Zusammenarbeit
11 mit den Schulen junge Lehrer in den erforderlichen Fächerkombinationen einzustellen.
12 Auch der jährliche Bedarf an neuen Lehrern und die Zahl der erforderlichen
13 Referendarsstellen sind zu vereinbaren und daraus der Umfang und die
14 Kostenverteilung der erforderlichen zusätzlichen Studienplätze abzuleiten.
15 Gleichzeitig ist die Landesregierung gefordert, organisatorisch dafür Sorge zu tragen,
16 dass Lehrer von sachfremden Aufgaben soweit möglich entlastet werden. Unser Ziel ist
17 es, die Unterrichtsversorgung zeitnah zu sichern. Trotzdem halten wir auch die
18 Forderung nach einer Landesschulnetzplanung aufrecht und fordern, dass die
19 Möglichkeiten, die digitales Lernen eröffnen, den klassischen Unterricht sinnvoll
20 ergänzen.
21
- 22 Solide Grundfinanzierung für die Hochschulen koppeln mit Anreizsystemen.
23
- 24 Für die Freien Demokraten ist es selbstverständlich, dass die Hochschulen eine
25 auskömmliche Grundfinanzierung haben und Daueraufgaben in Forschung und Lehre
26 nicht über Projekte mit ständig wechselndem Personal finanziert werden. Die
27 Grundfinanzierung muss zusätzlich um leistungsbezogene Mittel für exzellente
28 Forschung und Lehre ergänzt werden. So ist es denkbar, dass das Land, durch die
29 Hochschulen eingeworbene Mittel, etwa aus DFG-Förderungen, Alexander von
30 Humboldt-Professuren o.ä. mit Landesmitteln ergänzt. Für zusätzliche Aufgaben, die
31 das Land explizit von einer Hochschule verlangt, wie jetzt mit der Lehrerausbildung,
32 müssen den Hochschulen die Kosten erstattet werden.
33
- 34 Die Rückkehr zu einer soliden Haushaltspolitik
35
- 36 Die Freien Demokraten halten die aktuelle Haushaltspolitik des Landes für
37 unverantwortlich. Neben den auch aus Sicht der Freien Demokraten dringenden
38 Ausgabensteigerungen in Bildung oder Sicherheit hat die Landesregierung in allen
39 Politikfeldern erhebliche Ausgabenaufwüchse beschlossen, bis hin zu zahlreichen

**27. Ordentlicher Landesparteitag
8. April 2017,
Lutherstadt Wittenberg**



Leitantrag

- 1 neuen Stellen beim Umweltschutz oder im Landesstraßenbau. Dabei gibt die
2 Landesregierung in 2017 und 2018 deutlich mehr Geld aus als sie einnimmt. Die Lücke
3 schließt sie durch die Auflösung der Rücklagen und über eine sog. Globale
4 Minderausgabe, also der Hoffnung, dass nicht alle eingeplanten Ausgaben auch
5 kommen. Diese Politik ist gerade in Zeiten niedriger Zinsen und hoher Steuereinnahmen
6 hochriskant, weil keine Spielräume für schlechtere Zeiten erhalten bleiben.
7
8
9 Die Innere Sicherheit auch zukünftig gewährleisten – Polizei stärken und besser
10 schützen
11
12 Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist Kernaufgabe des Staates. Hierzu gehört
13 eine personell und sächlich gut ausgestattete Polizei. Die Landesregierung musste
14 jedoch jüngst eingestehen, dass nur 230 der 300 geplanten Neueinstellungen vollzogen
15 werden können. Unter Mitwirkung der GRÜNEN wird somit der seit zehn Jahren von
16 CDU und SPD betriebene Personalabbau bei der Polizei fortgesetzt. Dieser
17 Stellenabbau bei der Polizei gefährdet zunehmend die Innere Sicherheit in unserem
18 Land.
19 Befremdlich ist, dass sich die schwarz-rot-grüne Koalition im Bundesrat nicht für die
20 Verbesserung des Schutzes der Vollzugsbeamten sowie der Rettungskräfte vor
21 Übergriffen einsetzt. Gerade diese Personen sollten einen besseren Schutz genießen,
22 setzen sie doch ihre Gesundheit und ihr Leben ein, um Gefahren von der Bevölkerung
23 abzuhalten und Menschen zu retten.
24
25 Die Magreb-Staaten als sichere Herkunftsländer akzeptieren
26
27 Auch wenn die Zahl, der in Sachsen-Anhalt aufgenommenen Flüchtlinge gemessen an
28 der Gesamtzahl in Deutschland gering ist, so ist auch im Interesse Sachsen-Anhalts, ein
29 geordnetes und zügiges Asylverfahren zu ermöglichen. Dazu gehört, dass Flüchtlinge
30 aus sicheren Herkunftsländern ein beschleunigtes Verfahren durchlaufen und
31 Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive bzw. abgelehnte Asylbewerber zügig in ihre
32 Heimatländer zurückgeführt werden. Dass sich Sachsen-Anhalt, auf Wunsch der
33 Grünen, im Bundesrat bei der Ausweisung der sogenannten Magreb-Staaten (Marokko,
34 Algerien und Tunesien) als sichere Herkunftsstaaten enthalten hat, ist bedauerlich und
35 zeigt, dass Schwarz-Rot-Grün im Bereich der Inneren Sicherheit nicht handlungsfähig
36 ist.
37
38
39 Mehr Akzeptanz für unsere Demokratie: mit bürgernaher, solider Politik

**27. Ordentlicher Landesparteitag
8. April 2017,
Lutherstadt Wittenberg**



Leitantrag

- 1
2 Die Liste der Skandale ziehen sich von Fördermittelskandalen wie in Dessau oder
3 Wolmirstedt, den Wahlbetrug von Stendal die Beraterverträge des ehemaligen
4 Wirtschaftsministers Felgner bis hin zum günstigen Champions -League- Besuch des
5 Ministerpräsidenten wie ein roter Faden durch die Politik des aktuellen Kabinetts. Hinzu
6 kommt ein ausgesprochen unprofessioneller Umgang mit dem auf kurzfristige
7 Effekthascherei ausgerichtete Politikstil der AfD. All dass führt zu weiterer Verärgerung
8 über die Politik. Wir Freien Demokraten fordern die Rückkehr zu einem wirklich
9 demokratischen Politikstil, der lösungsorientiert ist, statt sich auf Scheindebatten über
10 Themen der AfD zu reduzieren. Wir fordern einen Politikstil, der sich um die wirklichen
11 Probleme des Landes etwa in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt kümmert und sich
12 ganz ohne Zweifel an rechtsstaatliche Regeln hält.
13
14 Die Freien Demokraten sind überzeugt, dass die Keniakoalition diese Aufgabe nicht
15 lösen wird. Deshalb fordern wir Neuwahlen.
16
17
18
19
20 Begründung:
21
22 - erfolgt mündlich